**Antrag 116/I/2022**
**KDV Spandau**
**Der Landesparteitag möge beschließen:**
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Produktions-und Humanitärkrisen präventiv verhindern II**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu erlassen, die eine deutlich striktere Regulierung mit Nahrungsmitteln und Nahrungsmittelrohstoffen an den Finanzmärkten zum Ziel haben zur Eindämmung möglicher Spekulationsblasen von Lebensmitteln.

**Begründung**
Durch den am 24. Februar begonnenen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, ist ein großer Teil des ukrainischen Staatsgebiets nun in Kampfhandlungen verwickelt. Neben dieser humanitären Katastrophe ergibt sich ein weiteres Problem: die Unterbrechung der weltweiten Ausfuhr und Versorgung an Grundlebensmitteln. Vor dem Krieg war die Ukraine der siebtgrößte Weizenproduzent der Welt. Die Ernten decken einen nicht unerheblichen Teil der weltweiten Ausfuhr ab: 12% Weizen, 18 % Gerste, 16 % Mais und 19 % Raps (18%, 16%, 19%).

Neben der EU sind die größten Abnehmer auch afrikanische Staaten. Da diese Exporte nun ausfallen, steht nicht nur die Ukraine, sondern auch Europa vor mehreren Problemen:

1.) Da im Osten des Landes gekämpft wird, fehlen im Westen die Arbeitskräfte zur Bestellung der Felder. Die Winterernten konnten so kaum eingefahren werden, die Frühjahrsaussaat kann nur in Teilen der Westukraine aktuell erfolgen und auch die Produktion der Sommersaison ist fragil. Dies bedeutet nicht nur für die Menschen vor Ort einen großen Verlust an Möglichkeiten Grundnahrungsmitteln zu konsumieren. Es heißt auch, dass durch die fehlenden Exporte das Land auf Jahre hinaus hohe, volkswirtschaftliche Schäden hinnehmen muss und so die generellen Kosten für Grundversorgung massiv steigen werden.

2.) Diese humanitäre Krise hat auch globale Auswirkungen. In Europa werden Lebensmittel teurer, in einigen afrikanischen Staaten wird die Hauptversorgungsquelle wegbrechen und auch, wenn nicht ein direkter Handel besteht, werden Staaten weltweit mit steigenden Preisen und so der Versorgung ihrer Bevölkerungen zu kämpfen haben.
Deswegen ist die Unterstützung der Ukraine nicht nur eine solidarische und moralische Aufgabe zur Erhaltung deren eigener Produktion. Sie dient auch dazu Staaten zu helfen, die auf Nahrungsimporte angewiesen sind und so

**Empfehlung der Antragskommission**
**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

**LPT I-2022: Überweisen an - FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung - Stellungnahme des FA I:Der Fachausschuss Internationales der SPD Berlin unterstützt die Zielsetzung des Antrags, schlägt vor dem Hintergrund der bestehenden Beschlusslagen jedoch folgenden Antragstext vor:**

**Annahme in folgender Fassung:**
Mit dem Beschluss des Landesparteitags der Berliner SPD vom 21.11.2011, betitelt “Schädliche Finanzmarktspekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen unterbinden” wurde die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D-Fraktion damit beauftragt, konkrete Initiativen zur Bekämpfung von Nahrungsmittelspekulationen zu entwickeln. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag greift diese Zielsetzung auf. Die SPD-Bundestagsfraktion und S&D-Fraktion werden dazu aufgefordert, einen Bericht zu den bislang ergriffenen Maßnahmen zur Unterbindung reiner Finanzspekulationen bei Warentermingeschäften mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu verfassen und Initiativen zur Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen umzusetzen.

weltweite humanitäre Krisen zu verhindern, die erneut zu Migrationsbewegungen und so gesellschaftlichen Spannungen führen können.